

Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

Das Erfolgsmodell aus dem Kanton Waadt soll für Bern Vorbild sein

Das Problem der Armut hat sich im Kanton Bern in den letzten zehn Jahren verschärft. Waren 2001 noch 76'000 Personen von Armut betroffen, waren es 2008 bereits 97'000 Menschen; die Armutsquote stieg von 10,8 auf 12,5 Prozent. Der Sozialbericht 2010 des Kantons Bern weist zu Recht darauf hin, dass Armut nicht ein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem darstellt. Ganz besonders schwierig ist es, wenn Jugendliche und junge Erwachsene von Armut betroffen sind. Denn: Je länger eine Person armutsbetroffen ist, umso schwieriger wird es, aus dem Teufelskreis wieder auszubrechen.

Zwei Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Sozialhilfe beziehen, haben keine abgeschlossene Ausbildung. Das ist kein Zufall: Ausbildungslosigkeit gilt als einer der Hauptgründe für spätere Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug. Vor diesem Hintergrund hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) die Kantone anfangs 2012 eindringlich zu einem Paradigmenwechsel im Bereich der Sozialhilfe für Jugendliche und junge Erwachsene aufgerufen: Stipendien statt Sozialhilfe heisst das Motto. Dieser Aufruf der SKOS geht auf die überaus positiven Erfahrungen des Kantons Waadt zurück, der mit einem entsprechenden Programm grosse Erfolge feiert.

Der Kanton Waadt hat 2006 ein Pilotprojekt gestartet, um junge Sozialhilfebeziehende gezielt zu einem Berufsabschluss zu führen. Die berufliche Qualifikation ist eines der Schlüsselemente für die Bekämpfung der späteren Armut. Hier können existenzsichernde Stipendien einen wirksamen Beitrag leisten: Gerade bei Menschen und Familien an oder unter der Armutsgrenze stellen Ausbildungen einen finanziellen Kraftakt dar, der häufig im Nichtantritt oder dem Abbruch der Ausbildung mündet. Durch die konsequente Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfe bzw. die schwellenfreie Ablösung von der Sozialhilfe ins Stipendienwesen konnten im Kanton Waadt die Fehlanreize zum Abbruch der Ausbildung markant reduziert werden. Die Sozialhilfe wird damit auf ihren Kernauftrag zurückgeführt: die Unterstützung in wirtschaftlicher Not. Gleichzeitig werden junge Sozialhilfebeziehende im Kanton Waadt dank dem interdepartementalen Berufsbildungsprogramms FORJAD (*Formation professionnelle pour les jeunes adultes en difficulté*) auf dem Weg Richtung Berufsabschluss und beim Eintritt in die Arbeitswelt eng begleitet. Schliesslich kennt der Kanton Waadt heute ein Recht auf Berufsbildung. Dank FORJAD und der Sicherung von Ausbildungsplätzen konnten seit 2006 rund 1500 junge Erwachsene eine Berufsbildung antreten.

Einzigartig ist nicht nur das Waadtländer Modell selber, sondern auch dessen breite politische Abstützung. Im Kanton Waadt wurde das Projekt von allen politischen Kräften unterstützt. Der Erfolg gibt ihnen Recht: Seit der definitiven Einführung des Programms 2009 konnten 600 junge Erwachsene aus der Sozialhilfe austreten. Und rund 1700 Working-Poor-Familien ohne Sozialhilfeleistungen konnten finanziell wirksam entlastet werden. Das Budget des Stipendienwesens musste dafür um 26 Mio. Franken bzw. um 78 Prozent aufgestockt werden; die Sozialhilfe wurde umgekehrt substantiell entlastet.

Die Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfe ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Werden Jugendliche aus der Sozialhilfe weggeführt und ins Erwerbsleben integriert, können eine Chronifizierung von Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und die entsprechenden Folgekosten bereits in jungen Jahren verhindert werden. Der Kanton Waadt geht davon aus, dass durch das verminderte Risiko eines dauerhaften Sozialhilfebezugs mittelfristig jährlich rund zehn Millionen Franken eingespart werden können. Mit seinem Modell trägt der Kanton Waadt vielfältigen Anliegen Rechnung. Ziel der Massnahmen ist nicht nur die Milderung von Armut, sondern die Ausstattung junger Menschen mit den Grundvoraussetzungen, um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit nachhaltig zu sichern. Jugendliche und junge Erwachsene werden für die Berufsbildung motiviert und verpflichtet sich für ein Projekt, das ihnen eine langfristige Perspektive gibt.

Es ist höchste Zeit, dass der Kanton Bern hier tätig wird. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat im Rahmen des Sozialberichts 2010 entsprechende Demarchen in Aussicht gestellt und der Verwaltung Prüfaufträge erteilt. Anfangs dieses Jahres tönten die Verlautbarungen aus den federführenden Direktionen allerdings bereits wieder zurückhaltender: Für eine konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Stipendien statt Sozialhilfe“ fehlte das Geld. Das darf nicht sein. Eine sowohl sozial- als auch finanzpolitisch und volkswirtschaftlich sinnvolle Verbesserung mit einem hohen Return on Investment darf nicht an einer kurzfristigen Buchhaltermentalität scheitern. Deshalb fordern die Grünen Kanton Bern den Regierungsrat auf, hier verbindliche Schritte einzuleiten.